

14.12.23

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der EntschlieÙung des Bundesrates „Gedenktag zur Geburtsstunde der Demokratie in Deutschland schaffen“

Bundesministerium
des Innern
und für Heimat
Staatssekretär

Berlin, 14. Dezember 2023

An die
Präsidentin des Bundesrates
Frau Ministerpräsidentin
Manuela Schwesig

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

in Ihrer Rede vom 24. November 2023 im Bundesrat haben Sie ausgeführt, dass die Werte unserer Demokratie die beste Basis für ein friedliches Zusammenleben sind. Dem stimme ich gänzlich zu. Die Feierlichkeiten zum 75-jährigen Bestehen des Grundgesetzes bieten uns nächstes Jahr die Möglichkeit, die Werte unserer Demokratie erlebbar zu machen und in den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu treten.

Zu dem EntschlieÙungsantrag des Bundesrates vom 16. Juni 2023 „Gedenktag zur Geburtsstunde der Demokratie in Deutschland schaffen“ bitte ich aber Folgendes zu bedenken. In dem Antrag bittet der Bundesrat die Bundesregierung, im Einvernehmen mit den Ländern eine unabhängige Historikerkommission einzusetzen, die ein geeignetes historisches Datum für einen Gedenktag vorschlagen soll.

Sie werden sich erinnern, dass unter der Überschrift „Die Symbole der Demokratie leuchten lassen“ bereits die Regierungskommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ sich mit geeigneten Daten beschäftigt und hierzu auch Empfehlungen abgegeben hat.

Die Bundesregierung hat am 7. Juli 2021 zu den Empfehlungen der Kommission Stellung genommen und den übrigen betroffenen Verfassungsorganen – Bundespräsident, Bundesrat und Deutscher Bundestag – vorgeschlagen, aufbauend auf den Vorschlägen der Kommission in Gespräche zur Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses zum Gedenken an besondere historische Ereignisse der deutschen Geschichte einzutreten.

Nach einem bundesinternen Auftaktgespräch Anfang September 2021 fand unter Beteiligung mehrerer Länder (u.a. auch Hessen) eine Sachverständigenanhörung u.a. mit namhaften Historikern (Prof. Dr. Raphael Gross, Prof. Dr. Ralph Jessen oder Prof. Dr. Andreas Rödder) statt.

Parallel hierzu hat die MPK am 9. Dezember 2021 u.a. beschlossen, dass eine Arbeitsgruppe von Bund und Ländern (erneut einschließlich Hessen) Vorschläge „zu weiteren erinnerungspolitisch bedeutsamen Daten der deutschen Geschichte“ erarbeiten sollen und den Regierungschefinnen und -chefs von Bund und Ländern bis Juni 2022 einen Bericht hierzu vorlegen.

Der Dialog mit den Expertinnen und Experten hat wertvolle Ratschläge für das künftige Begehen bestehender Gedenktage wie den 17. Juni oder den Tag der deutschen Einheit ergeben. Der Austausch hat aber zu keinem klaren Ergebnis geführt, welches Ereignis der deutschen Geschichte sich als „Tag der Demokratie“ am besten eignet. Dies spiegelt auch der gewünschte Bericht für die MPK wider. Die MPK hat diesen Bericht dann im Sommer 2022 zur Kenntnis genommen.

Die Einsetzung einer weiteren Expertenkommission, halte ich vor diesem Hintergrund nicht für zielführend.

Mit freundlichen Grüßen
Bernd Krösser